

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
08. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
01.07.2010**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 01.07.2010

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.09.2009 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der konstituierenden Sitzung des Rates vom 03.11.2009
 - 2.3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.11.2009 aus öffentlicher Sitzung
- 18.2. Kofinanzierung des Projektes "Gangway" des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich mit dem Einzugsgebiet Geilenkirchen und Übach-Palenberg
3. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2010
4. Übersicht nach § 22 GemHVO der übertragenen Ermächtigungen (ehemals Haushaltsausgabereise) im Haushaltsjahr 2009
6. Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Höhe der Kredite zur Liquiditätssicherung
5. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2010
7. Festlegung der dringlichen investiven Maßnahmen 2010 (Dringlichkeitsliste)
8. Antrag des VfR Übach-Palenberg - Schwimmabteilung - auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses zur 25. Begegnungsfahrt nach Midlothian/Schottland vom 09. bis 17.10.2010

9. Optimierung der städtischen Infrastrukturen für Wohnungsnotfälle
hier: Umsetzung der Grundsatzentscheidung des Rates vom 30.08.2005
10. 1. Änderung des Landesentwicklungsplanes NRW -Energieversorgung-,
hier: Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg
11. 40. Änderung des Flächennutzungsplanes - Waubacher Weg -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
12. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
13. Bebauungsplan Nr. 109 - Waubacher Weg -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
14. Neuwahl eines Schiedsmannes
15. Einführung der Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen in Übach-Palenberg
16. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung betreffend Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
17. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung betreffend des freien Eintritts von Kindern und Jugendlichen ins Ü-Bad anl. des 75-jährigen Bestehens von Übach-Palenberg
18. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 18.1. Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
19. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
20. Einwohnerfragestunde
Anfragen
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
21. Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 21.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.09.2009 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 21.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.11.2009 aus nichtöffentlicher Sitzung
22. Zustimmung nach § 61 Abs. 4 SchulG zur Besetzung der Stelle einer

Schulleiterin/eines Schulleiters an der KGS Übach

- 23. Pachtangelegenheit
- 24. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung betreffend Stundungsangelegenheit
- 25. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 26. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 26.1 Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 (vertraulich)
- 26.2 Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB
- 26.3 Bebauungsplan Nr. 109 - Waubacher Weg -
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	nach TOP 2 (17:18 Uhr)
Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Rudolf Burbaum	SPD	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr René Langa	CDU	
Herr Leo Meertens	UWG	
Herr Herbert Mlaker	SPD	
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Winand Ruland	CDU	
Herr Hüseyin Salin	SPD	
Herr Dieter Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP	

Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtamtmann Björn Beeck
Herr Achim Engels
Herr Stadtamtsrat Michael Wirth

ab TOP 5 (17:50 Uhr)

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Abwesende

Herr Herbert Fibus	SPD
Frau Karin Fürkötter	SPD

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, den Tagesordnungspunkt 6 vor Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln, den Tagesordnungspunkt 12 aufgrund der Entscheidung in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing von der Tagesordnung abzusetzen und Tagesordnungspunkt 18.2 vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

Beschluss:

- 1. Tagesordnungspunkt 6 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Höhe der Kredite zur Liquiditätssicherung wird vor Tagesordnungspunkt 5 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2010 behandelt.**
- 2. Tagesordnungspunkt 12 Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus – hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung wird von der Tagesordnung abgesetzt.**
- 3. Tagesordnungspunkt 18.2 Kofinanzierung des Projektes „Gangway“ des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich mit dem Einzugsgebiet Geilenkirchen und Übach-Palenberg wird vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 2 behandelt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die in der Niederschrift zu TOP 14.1 dokumentierte Aussage „Stadtverordnete Weinhold erklärte, sie stimme der SPD-Fraktion zu, dass der Beigeordnete für Planen und Bauen Schlüter gute Arbeit geleistet habe“ entspreche nicht dem was sie in der Sitzung gesagt habe. Sie bat, dies bei der Genehmigung der Niederschrift zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 06.05.2010 wird unter Berücksichtigung des o. g. Hinweises der Stadtverordneten Weinhold genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung**

2.1 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.09.2009 aus öffentlicher Sitzung**

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte zu Punkt 9.2 warum der Beschluss erst am 06.11.2009, also Monate später, dem Landesbetrieb mitgeteilt worden sei.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er habe sein Amt erst am 21.10.2009 angetreten und sich anschließend schnellstmöglich hierum gekümmert.

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.09.2009 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne weitere Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der konstituierenden Sitzung des Rates vom 03.11.2009**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der konstituierenden Sit-

zung des Rates vom 03.11.2009 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.11.2009 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.11.2009 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

18.2 Kofinanzierung des Projektes "Gangway" des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich mit dem Einzugsgebiet Geilenkirchen und Übach-Palenberg

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** gab folgende Erklärung ab:

„Das Thema Integration ist auch in Übach-Palenberg in Rat und Verwaltung angekommen.

Zum einen ist Integration als Handlungsfeld wegen der herausragenden Bedeutung ausdrücklich einem Ratsausschuss zugewiesen, nämlich dem Ausschuss für Schule, Kirchen, Vereine und Integration. Er ist federführender Ausschuss, wenn es um Maßnahmen zur Verbesserung und Intensivierung der Förderung der Integration der in Übach-Palenberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund geht.

In der Verwaltung hier im Hause wird dem Thema ebenfalls große Aufmerksamkeit gewidmet, insbesondere im Rahmen der bereits begonnenen Arbeitsgruppentätigkeit „Demografischer Wandel in Übach-Palenberg und daraus abzuleitendes Stadtentwicklungsprogramm.“

Außerdem befinden wir uns in konkreten Überlegungen zur Errichtung von Sprachförderangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund.

Darüber hinaus ist mit Herrn Dörr ein Integrationsbeauftragter hier im Hause bestellt worden.

Die Notwendigkeit, sich mit Integration umfassend und zielorientiert zu beschäftigen, wird deutlich, wenn man sich die Situationsbeschreibung des Ihnen vorliegenden Projektes Gangway auf den Seiten 2 ff. ansieht.

Das kann inhaltlich noch ergänzt werden durch

- den hohen Anteil von ausländischen Schulabgängern ohne Abschluss (20 %)
- den immer größer werdenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen für Kinder (26,7 %)

Vor diesem Hintergrund war es sozusagen eine glückliche Fügung, als vor wenigen Tagen die Herren Sannig, Hamann und Ehlers für das Diakonische Werk hier vorsprachen, ihr Projekt vorstellten und gleichzeitig schon mitteilten, dass für das Projekt die erforderlichen Bundesmittel bewilligt seien und bei Sicherstellung der Ko-Finanzierung gemeinsam durch die Städte Geilenkirchen und Übach-Palenberg am 01.09.2010 begonnen werden könne.

Dieser zeitlichen Enge ist es geschuldet, dass wir einvernehmlich mit der Ausschussvorsitzenden Frau Weinhold die Angelegenheit unmittelbar in den Rat getragen haben.

Wir werben also für dieses Projekt und bitten den Rat, die erforderlichen Haushaltsmittel für die Jahre 2010 bis 2013 bereitzustellen.“

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** teilte mit, dass das Projekt für den Zeitraum 01.09.2010 bis 31.08.2013 geplant sei. Dementsprechend müsse die Beschlussempfehlung unter Nummer 2 insoweit abgeändert werden, dass die Jahreszahlen 2012, 2013 und 2014 durch die Jahreszahlen 2011, 2012, 2013 ersetzt werden.

Anschließend stellte Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** den Geschäftsführer des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich, Herrn Herbert Hamann vor und übergab das Wort an ihn.

Herr **Hamann** stellte die Arbeit des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich vor und erläuterte das Projekt „Gangway“.

Im Anschluss erkundigte sich Stadtverordnete **Gillen**, ob die sozialpädagogische Fachkraft, von der in der Projektbeschreibung die Rede sei, selber auch Migrationshintergrund oder Erfahrungen in diesem Bereich habe.

Herr **Hamann** erklärte, dass hinter der genannten sozialpädagogischen Fachkraft noch keine konkrete Person stehe.

Seiner Meinung nach sei ein Migrationshintergrund als Auswahlkriterium nicht zwingend erforderlich. Wichtig sei, dass die in Frage kommende Person die Zusammenhänge erkenne und Zugang zu den Menschen habe.

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte, ob die Umsetzung dieses Projektes nur funktioniere, wenn beide Städte zustimmen würden und wie in Geilenkirchen abgestimmt worden sei.

Herr **Hamann** antwortete, er habe gestern mit dem Bürgermeister aus Geilenkirchen gesprochen. Dieser habe sich generell für dieses Projekt ausgesprochen. Der Rat werde hierüber jedoch erst im September entscheiden können.

Stadtverordnete **Weinhold** fragte nach, ob dementsprechend erst zum 01.10.2010 mit dem Projekt begonnen werden könne, da zunächst noch Geilenkirchen zustimmen müsse.

Herr **Hamann** erklärte, dass im Rahmen der Förderungsbewilligung dem Projektbeginn zum 01.09.2010 zugestimmt worden sei. Man könne allerdings auch

einen Monat später beginnen; dementsprechend würde sich die Projektdauer um einen Monat nach hinten verlängern.

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, was wäre, wenn Geilenkirchen nein sagen würde, man in Übach-Palenberg jedoch bereits mit dem Projekt begonnen hätte.

Herr **Hamann** antwortete, das Problem sei dann, dass bereits Verbindlichkeiten entstanden seien. Das Diakonische Werk würde in diesem Fall aber nicht von Übach-Palenberg den doppelten Betrag verlangen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie stehe dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber, habe jedoch die Bitte, dass nach einem Jahr ein Rechenschaftsbericht darüber abgegeben werde, wie dieses Projekt angenommen worden sei.

Herr **Hamann** erklärte, dass es selbstverständlich eine Rückmeldung geben werde. Vielleicht könne auch ein Beirat zwischen den beiden Städten gebildet werden.

Stadtverordneter **Salin** merkte an, dass es in Hückelhoven bereits schon seit langem einen Informations-Service-Point für ZuwanderInnen gebe und dass er eine solche Einrichtung für sehr wichtig halte. Selbst wenn sich Geilenkirchen gegen diese Projekt aussprechen sollte, müsse sich Übach-Palenberg dafür entscheiden.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde für dieses Projekt stimmen, allerdings nur unter der Maßgabe, dass die Finanzierung für Übach-Palenberg, die gleiche bleibe wie in der Beschlussvorlage beschrieben, selbst wenn Geilenkirchen sich gegen das Projekt aussprechen werde.

Beschluss:

1. Die im Jahr 2010 seitens der Stadt Übach-Palenberg zur Kofinanzierung des Projektes „Gangway“ erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 1.800 € sind im Haushalt 2010 bereitzustellen.
2. Bei der Finanzplanung sind im Teilergebnishaushalt für die Jahre 2011 und 2012 jeweils 5.400 € und für das Jahr 2013 3.600 € zur Kofinanzierung des Projektes „Gangway“ zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

3. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2010

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion werde dem Stellenplan nicht zustimmen, da sie die Stelle des Beigeordneten für Planen und Bauen für notwendig halte, der Stellenplan hier jedoch einen kw-Vermerk enthalte.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem vorgeleg-

ten Stellenplan zustimmen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion werde ebenfalls für den Stellenplan stimmen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, die Fraktion B90/DIE GRÜNEN werde den Stellenplan aus demselben Grund wie die SPD-Fraktion ablehnen.

Beschluss:

Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2010 wird zugestimmt (Der Stellenplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

4. Übersicht nach § 22 GemHVO der übertragenen Ermächtigungen (ehemals Haushaltsausgabereste) im Haushaltsjahr 2009

Stadtverordneter **Gudduschat** teilte mit, der Kämmerer habe erklärt, er habe noch einmal in den Ämtern nachgefragt, was von den gebildeten Ermächtigungübertragungen jetzt noch notwendig sei.

Die CDU-Fraktion werde der vorgelegten Liste zustimmen mit dem Zusatz, dass die Positionen, die nicht mehr benötigt werden, noch gestrichen werden können.

Beschluss:

Die Liste über die gebildeten Ermächtigungübertragungen entsprechend § 22 GemHVO wird genehmigt (Die Liste ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Höhe der Kredite zur Liquiditätssicherung

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion sei mit der Kredithöhe von 8 Mio. Euro einverstanden, aber nur unter der Maßgabe, dass in jeder Ratssitzung der aktuelle Stand der Inanspruchnahme der Kredite mitgeteilt werde. Er bat, die Beschlussempfehlung insoweit zu erweitern.

Beschluss:

Die Satzung über die Festsetzung der Höhe der Kreditaufnahme zur Liquiditätserhaltung der Stadtkasse wird beschlossen. Die höchstzulässige Kredithöhe wird auf 8.000.000 Euro festgesetzt. Kredite sind nur in dem Umfange aufzunehmen, wie sie zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit erforderlich sind.

In jeder Ratssitzung wird der aktuelle Stand der Inanspruchnahme der Kredite mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. **Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2010**-----

Bürgermeister Jungnitsch bat die Fraktionsvorsitzenden und Parteienvertreter um ihre Wortbeiträge zum Haushaltsentwurf 2010.

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

erstmalig habe ich die Möglichkeit, als Vorsitzender der Mehrheitsfraktion einen Haushalt mit Ihnen zu beraten und auch zu beschließen.

In den Vorberatungen wurde mir klar, dass sich die Freude darüber in Grenzen hält.

So **lange** haben wir noch keinen Haushalt beraten und so **spät** noch keinen Haushalt verabschiedet.

Nachdem uns der Kämmerer den 1. Haushaltsentwurf für 2010 vorgelegt hatte, haben wir, die Koalition von CDU, UWG und FDP, Sparvorschläge zu den rentierlichen Investitionsmaßnahmen in Höhe von 478.800 Euro, zu den teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen in Höhe von 1.467.250 Euro und zu den nicht investiven Maßnahmen in Höhe von 647.852 Euro vorgelegt.

Also Einsparungsvorschläge von insgesamt 2.593.902 Euro.

Dann erreichte uns die Nachricht des Kämmerers, dass die Stadt Übach-Palenberg laut Kommunalaufsicht gem. § 76 GO ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen hat.

Der 1. Haushaltsentwurf war damit zu Makulatur geworden

Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Das vom Kämmerer vorgelegte Haushaltssicherungskonzept 2010, für die Haushaltsjahre bis 2014, kommt zu dem Ergebnis:

Dieses Haushaltssicherungskonzept **ist nicht genehmigungsfähig**, da der Haushaltsausgleich bis zum Jahre 2014 nicht erreicht wird.

Sollte dieses HSK erwartungsgemäß nicht genehmigt werden, arbeitet die Gemeinde ohne Haushaltssatzung im Zustand des so genannten „**Nothaus-**

haltsrechts“.

Es ist schon sehr frustrierend, etwas zu beraten und zu verabschieden, welches nicht genehmigungsfähig ist.

Mit diesen Vorgaben mussten wir uns mit dem 2. Haushaltsentwurf 2010 beschäftigen.

Die Mehrzahl der Einsparungsvorschläge der Koalition von CDU, UWG und FDP zum 1. Entwurf sind in den 2. Entwurf eingearbeitet worden.

Wir werden diesem 2. Entwurf mit folgenden zusätzlichen Änderungsvorschlägen zustimmen:

1. Der Gewerbesteuersatz wird von 399 v. H. auf 403 v. H. erhöht.
2. Der Ansatz in Höhe von 60.000 Euro für den Umbau des Kellerraumes im Gymnasium wird gestrichen.
3. Für die Verkehrsführung Alte Aachener Str. werden für 2010 5.000 Euro, für 2011 145.000 Euro und für 2012 150.000 Euro in Ansatz gebracht.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer um 4 Prozentpunkte ist nach unserer Auffassung Maßvoll und passt in die politische Landschaft.

Wir erreichen damit den vom Innenminister festgelegten fiktiven Hebesatz und eine Mehreinnahme ab 2011 in Höhe von ca. 100.000 Euro pro Jahr.

Nur noch 35 Städte und Gemeinden in NRW haben einen Steuersatz der unter 400 v. H. liegt.

Unsere Nachbarstadt Geilenkirchen hat im April die Gewerbesteuer um 23 Punkte von 380 v. H. auf 403 v. H. erhöht.

Mit dem Umbau des Kellerraumes am Gymnasium, den wir für sinnvoll aber nicht für dringlich halten, werden wir uns in ein paar Monaten, bei der Aufstellung des Haushaltes 2011, erneut befassen.

Wir könnten uns auch vorstellen, dass dieser Umbau aus der Haushaltsposition bei den nicht investiven Maßnahmen „Aufwendungen für unterlassene Instandhaltungen an Schulen“ bestritten wird.

Mit den Ansätzen für die Verkehrsführung Alte Aachener Str. wollen wir die „Öffnung“ auf den Weg bringen und damit unser „Wahlversprechen“ einlösen.

Trotz der engen Grenzen, welches uns das HSK setzt, wollen wir mit Ansätzen in 2010 noch folgende wichtige Maßnahmen auf den Weg bringen:

1. Brandschutzmaßnahmen Real- und Gesamtschule 250.000 Euro
2. Erneuerung naturwissenschaftliche Räume im Schulzentrum 370.000 Euro
3. Neubau der Toilettenanlage im Schulzentrum 300.000 Euro
4. Neubau FWG-Haus Scherpenseel 540.00 Euro
5. Beschaffung von Feuerwehrgeräten 45.000 Euro
6. KP II Um- und Ausbau KGS Übach (Dach) 310.000 Euro
7. KP II Wärmerückgewinnung Schulzentrum 950.000 Euro

8. KP II Sportplatz Bucksberg 1.030.500 Euro
9. Aufwendungen für Instandhaltungen an Schulen 200.000 Euro

Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, brauchen wir natürlich die Genehmigung der Aufsichtsbehörde, den in § 2 der Haushaltssatzung genannten Kreditbetrag für Investitionen in Höhe von 1.628.500 Euro aufzunehmen. Im 1. Entwurf stand hier noch ein Kreditbetrag von 5.314.000 Euro. Daran können sie erkennen, wie sich der Haushaltsentwurf geändert hat.

Der Kämmerer hat uns in seinem HSK 2010 für die Haushaltsjahre bis 2014 aufgezeigt, welche Möglichkeiten er sieht, langfristig einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Hierzu gehört, dass alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden.

Bei Pflichtausgaben sind alle Möglichkeiten der Kostenreduzierung auszuschöpfen.

Bei der Fremdnutzung städtischer Einrichtungen dürfen der Stadt keine Kosten entstehen.

Eine Überprüfung der Organisation der Gesamtverwaltung auf kostengünstige Strukturen ist vorzunehmen und umzusetzen.

Zusätzliche neue Stellen werden grundsätzlich nicht geschaffen.

Diese Vorschläge müssen wir ernst nehmen und versuchen, in den kommenden Jahren umzusetzen.

Wir sind fest davon überzeugt, dass wir dann im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt wieder erreichen können.

Wir, die CDU-Fraktion, werden dem Haushalt 2010 mit den von uns vorgeschlagenen Änderungen zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus:

„Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Übach-Palenberg,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Meine diesjährige Haushaltsrede ist für mich als Vorsitzender der SPD-Fraktion ein Novum. Kannte ich doch in meinem bisherigen kommunalpolitischen Leben nur den Blick aus der Mehrheitsposition, so muss ich heute das erste Mal in meiner neuen Rolle als Oppositionsführer hier sprechen. Nicht dass mir das

schwer fallen würde, aber in den letzten 10 Monaten habe ich auch schon oft genug erlebt, dass diese Position nicht unbedingt vergnügungssteuerpflichtig ist. So langsam kann ich verstehen, was Franz Müntefering gemeint hat, als er sagte: "**Opposition ist Mist.**" Also meine Damen und Herren gehen sie davon aus, dass wir uns mit dieser Rolle exakt fünf Jahre lang identifizieren werden.

Seit der Kommunalwahl haben wir oft genug erlebt, wie die Opposition in diesem Rathaus abgemeiert wurde. **Das hat es in den letzten 10 Jahren in dieser Form so nicht gegeben.** Wenn es auch nicht immer funktioniert hatte, so waren wir doch immer bemüht, Sie in der Sache zu überzeugen. Dies hat letztendlich auch dazu geführt, dass deutlich über 95 % der Beschlüsse einstimmig gefasst wurden. In den Beratungen zu wichtigen Sachthemen wird von ihnen meine Damen und Herren der Mehrheitskoalition heute kaum argumentiert.

Entweder entscheiden sie ganz ohne Aussprache, oder sie kommen mit dem schlagkräftigsten aller Argumente daher, dass da lautet: „**Wir machen das jetzt, weil wir die Mehrheit haben!**“ Diesen Basta-Stil sollten sie vielleicht mal überdenken. Es kommt nämlich gar nicht gut an, wenn Entscheidungen nicht ausreichend begründet werden. Dies gilt umso mehr, wenn es um so wichtige Entscheidungen geht, wie die Frage, ob wir einen technischen Beigeordneten brauchen oder nicht. Da hätte ich von ihnen schon etwas mehr erwartet.

Allein für ihren Fehlstart in diese Legislaturperiode, was den dritten stellvertretenden Bürgermeister, die inflationär hohe Anzahl an Ausschüssen oder auch die geplante Namensänderung des Naherholungsgebietes angeht, hätten sie schon die **goldene Himbeere** verdient. Der Verzicht auf einen Beigeordneten für Stadtentwicklung hat dem Ganzen aber die Krone aufgesetzt. Nach dieser Fehlentscheidung sind wir zukünftig die einzige Stadt im Umfeld ohne einen leitenden Baubeamten. **Im Wettbewerb mit den Nachbarstädten haben sie uns dadurch ganz eindeutig geschwächt.**

Sie haben uns geschwächt, in einer für uns ganz schwierigen Zeit. Mit Einbringung dieses Haushaltes verabschieden wir gleichzeitig ein Haushaltssicherungskonzept. Dies werfe ich Ihnen nicht vor, dafür kann man weder Sie, noch uns allein verantwortlich machen. Da gibt es die äußeren Bedingungen, die nicht gerade dazu beitragen, dass es den Kommunen gut geht. Da hat eine schwarz-gelbe Bundesregierung, Hand in Hand mit einer schwarzgelben Landesregierung ein sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht. **Das Einzige was damit beschleunigt wurde, meine Damen und Herren, war der Schuldenstand der Kommunen.**

Auch wir in Übach-Palenberg leiden unter den Auswirkungen dieses unsinnigen Gesetzes. Früher konnten wir sagen, Stadt und Land Hand in Hand. Und das war dann positiv gemeint, weil nämlich das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit seinen Kommunen daran gearbeitet hat, unser Land und unsere Städte nach vorne zu bringen.

Heute sieht das anders aus: Von Hand in Hand ist keine Rede mehr und die Schwarz-Gelben im Kreis, im Land und im Bund tragen ganz maßgeblich dazu bei, dass uns in Übach-Palenberg das Geld fehlt.

Der Kreis mit seiner exorbitanten Erhöhung der Kreisumlage die nicht zu rechtfertigen ist, das Land mit dem Übertragen von Aufgaben auf die Kommunen, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu leisten und der Bund mit einer Gesetzgebung, die eher den Hoteliers als den Kommunen dient. Und genau die, die heute dafür sorgen, dass die **Selbstverwaltung** der Kommunen **auf der Strecke bleibt**, indem sie ihnen die finanzielle Grundlage entziehen, haben immer davon gesprochen, dass Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen können. Wenn's nicht zum Weinen wäre, dann würde ich jetzt lachen.

Aber ich möchte mich heute gar nicht auf Bundes- oder Landespolitik konzentrieren, nein, auch hier in Übach-Palenberg gibt's genug zu tun, man muss es nur richtig anpacken. **Und das ist jetzt Ihre Aufgabe**. Natürlich ist es richtig, dass die Rahmenbedingungen für die Kommunen nicht mehr stimmen. Aber genauso richtig ist es, dass auch die Kommunen ihren Teil dazu beitragen müssen. Gerade in solch schwierigen Zeiten bedarf es einer ausgewogenen und intelligenten Handlungsweise. Und genau die erkenne ich in dem vorgelegten Haushalt nicht.

In Anbetracht der wirklich schwierigen Lage hätte ich von Ihnen Herr Bürgermeister erwartet, dass sie sich mit allen Fraktionen an einen Tisch gesetzt hätten, um **gemeinsame Lösungen** für die vor uns liegenden Probleme zu **finden**. Von unserer Seite wäre ein solches Gespräch ganz sicher **konstruktiv** gewesen, schließlich geht es ja um das Wohl unserer Stadt. Schade, dass eine solche Gesprächsrunde nicht zustande gekommen ist.

Wir müssen uns ernsthafte Gedanken darüber machen, ob wir es uns leisten können, eine Aachener Straße zu öffnen, nur weil es ein Wahlkampfversprechen war. Einen anderen Grund kann ich zumindest nicht erkennen. Niemand streitet heute mehr ab, dass ein Kreisverkehr an der Aachener Straße bei Weitem **nicht die höchste Priorität** an Maßnahmen in Übach-Palenberg hat. Dies sieht wohl auch der Bürgermeister so, denn er hat die Öffnung der Aachener Straße in diesem Haushaltsentwurf erst für das Jahr 2013 vorgesehen. Ganz abgesehen davon, dass eine **Öffnung** verkehrspolitischer Unsinn wäre und wir uns dies auch im Jahre 2013 **nicht leisten werden können**, hat er damit aber dokumentiert, dass eine Öffnung der Aachener Straße zumindest nicht dringlich ist. Wir haben in der Vergangenheit oft genug über dieses Thema gestritten, ich will dies heute nicht wiederholen. Egal wer in diesem Streit recht hat, egal ob es verkehrspolitisch vernünftig ist oder nicht, heute zählt nur noch eins: **Wir können uns eine solch fragwürdige Maßnahme für 300.000 € schlicht und einfach nicht leisten**.

Dass wir nach einer eventuellen Öffnung der Aachener Straße, diese eventuell auch verkehrsberuhigt ausbauen müssen, daran hat von ihnen auch noch niemand gedacht. Ich höre heute schon das Klagen der Anlieger die dann davon sprechen, dass viel zu viel Verkehr und der auch noch viel zu schnell durch die Aachener Straße, hoch in Richtung Merkstein fährt.

Umso verwunderlicher ist es, dass sie, meine Damen und Herren von der Koalition, die Öffnung der Aachener Straße gegen den Willen des Bürgermeisters wieder nach vorne ziehen wollen. Erklären Sie doch mal den Gewerbetreibenden

den in Übach-Palenberg, und damit meine ich nicht nur diejenigen in der Aachener Straße, dass die von ihnen vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer für vier Jahre lang vollumfänglich in die Öffnung der Aachener Straße investiert werden muss.

Von dieser Erhöhung fällt nichts für Schulen, für Vereine oder für andere sinnvolle Maßnahmen wie zum Beispiel den Einsatz von modernen und umweltschonenden Energien ab. Und das Schlimme daran ist: Unsere Finanzsituation wird so auch nicht verbessert. Das meine Damen und Herren ist unverantwortlich und lediglich ihrem Wahlversprechen geschuldet. Ich bin jetzt schon ganz gespannt, ob Sie Herr Bürgermeister bei ihrer Auffassung bezüglich der Aachener Straße bleiben.

Einer **Erhöhung der Gewerbesteuer**, ohne Sinn und Verstand werden wir jedenfalls **nicht zustimmen**. Ich kann mich noch gut daran erinnern sehr geehrte Frau Weinhold, wie sie von der UWG immer wieder gefordert haben, den Hebesatz für die Gewerbesteuer zu senken. Als wir 1999 den Hebesatz von damals 380% auf heute 399% erhöht haben, haben wir im Vorfeld mit Gewerbetreibenden aus unserer Stadt gesprochen. Das hat dazu geführt, dass es damals eine hohe Akzeptanz für diese Erhöhung gab. Damals haben wir zugesagt, dass diese 399% für viele Jahre stabil bleiben werden. Das ist jetzt nach nur 10 Monaten CDU/UWG und FDP-Mehrheit vorbei. Gerade von UWG und FDP hätte ich dies nicht erwartet.

Aber wenn Sie es schon tun, dann hätte ich mir zumindest gewünscht, dass auch Sie im Vorfeld mit den Gewerbesteuer-Zahlern gesprochen hätten. Dass sie dies nicht getan haben, zeugt für mich nicht von einem besonders stark ausgeprägten Einfühlungsvermögen.

Übrigens, ob die Höhe des Ansatzes der Gewerbesteuer gerechtfertigt ist, wage ich ernsthaft zu bezweifeln. Ich habe den Eindruck, dass der Kämmerer in seiner Not, ganz entgegen seiner sonst so vorsichtigen Handlungsweise, die Gewerbesteuer höher angesetzt hat, als es der Realität entspricht. Aber, was soll er auch machen? Mit dem heute zu beschließenden Haushalt hat der alte Kämmerer-Witz: „Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen gehörigen Schritt weiter“ auf jeden Fall wieder an Aktualität gewonnen.

Im Leitfaden für Haushaltsicherung heißt es: *"Durch § 77 Abs. 2 GO wird für die Finanzmittelbeschaffung der Gemeinden der Vorrang spezieller Entgelte vor der Steuerfinanzierung einer Leistung statuiert. Nur so weit die Erhebung spezieller Entgelte nicht in Betracht kommt, hat die Gemeinde gemäß § 77, zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Finanzmittel aus Steuern zu beschaffen soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen."* Weiter heißt es: *„Gerade Gemeinden die ihren Haushalt nicht ausgleichen können, haben den Vorrang der Finanzmittelbeschaffung durch spezielle Entgelte besonders ernsthaft zu prüfen, weil sie alle Möglichkeiten zur Erzielung von Erträgen ausschöpfen müssen.“* Ich will ihnen heute ganz deutlich sagen: Solange in Übach-Palenberg Grundstücke unter Wert verkauft werden und auf mögliche Einnahmen z. B. durch den Verzicht von Zinsen verzichtet wird, werden wir Steuererhöhungen gleich welcher Art nicht mitmachen.

Sparen wollen sie von der CDU geführten Koalition bei den Schulen. Im wich-

tigsten Bereich unserer Gesellschaft, der Bildung, setzen sie den Rotstift an. Ja, ursprünglich hatten sie sogar vor, die naturwissenschaftlichen Räume für die Real- und für die Gesamtschule nach hinten zu schieben. Erst **nachdem die Schulleiter** beim Bürgermeister **intervenierte haben**, wurde der ursprüngliche Ansatz für 2010 belassen. Positiv zu bewerten sind auch die 300.000 € für die Erneuerung der Toilettenanlage. Das war gut so und das unterstützen wir ausdrücklich. Was wir aber gar nicht unterstützen können, ist die Kürzung der Mittel für die Instandhaltung an Schulen um 500.000 € und die von der CDU vorgeschlagene Absetzung der 60.000 € für den Ausbau eines Keller-raums für Klassenarbeiten am Gymnasium.

Für falsch halten wir auch die ersatzlose Streichung der Mittel für die Sanierung und Dämmung der Brücke am Rathaus und für die Modernisierung der Heizzentrale. Bei solchen Maßnahmen, die einen hohen Einfluss auf unsere Energieverbräuche haben, muss man doch zumindest mal nachrechnen, ob und wann sich eine solche Investition amortisiert. Aber weit gefehlt, hier wurde ohne nachzudenken einfach gestrichen.

Ganz gespannt meine Damen und Herren, sind wir darauf, worauf sich die Vereine in Übach-Palenberg zukünftig einstellen müssen. In dem von der Verwaltung formulierten Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes ist jedenfalls nachzulesen, dass zu prüfen ist, welche Beteiligung die Vereine bei der Nutzung städtischer Einrichtungen zur Entlastung des Haushaltes erbringen können. Ich darf einmal daran erinnern meine Damen und Herren: Unsere Vereine kosten der Stadt kein Geld, sondern erbringen ganz im Gegenteil eine hohe gesellschaftspolitische Leistung für unsere Stadt. Wenn die Vereine diese ehrenamtliche Arbeit nicht leisten würden, kämen ganz andere Kosten auf uns zu, da wage ich noch nicht mal dran zu denken. Ich kann nur davor warnen den Vereinen, die Jugendarbeit leisten oder denen, die im sportlichen oder kulturellen Bereich tätig sind, in die Tasche zu greifen. Das könnte nämlich dazu führen, dass das sozialpolitische Engagement in Übach-Palenberg dramatisch zurückgeht. Diese Lasten meine Damen und Herren bleiben dann letztendlich bei der Stadt Übach-Palenberg hängen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einfach nur mal erwähnen, dass es schlichtweg peinlich war, dem Schwimmverein die 468 € für die Jugendarbeit nicht zu gewähren. Glauben Sie denn im Ernst, dass die knapp 500 Euro unseren Haushalt retten? Der Bürgermeister scheint dies, wenn auch spät, gemerkt zu haben, denn er hat sich still und leise der Stimme enthalten und damit den Ratsmitgliedern aus UWG, CDU und FDP den alleinigen schwarzen Peter dafür zugeschoben. Ob es jetzt nur daran lag, dass der Bürgermeister selber Mitglied des Schwimmvereins ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich möchte an dieser Stelle jedenfalls die Gelegenheit nutzen, ein Dankeschön an alle diejenigen zu richten, die sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Institutionen, Kirchen, Feuerwehr oder auch in aller Stille für andere Menschen und die Gemeinschaft einsetzen. Ohne deren uneigennütigen Einsatz wäre unser Gemeindeleben ein großes Stück ärmer. Daher haben sie unsere Unterstützung in jedem Fall verdient.

Als äußerliches Zeichen hat der Rat auf Antrag der SPD-Fraktion auch einstimmig beschlossen, eine Ehrenamtskarte einzuführen. Damit haben wir doch

selber zum Ausdruck gebracht, wie wichtig uns die Arbeit der Vereine ist.

Lassen Sie mich eine Frage stellen: Was ist eigentlich mit der angestrebten Breitband Versorgung in Übach-Palenberg? Da stehen im Haushalt 50.000 € bereit, ohne das wir vom Rat auch nur ansatzweise wissen, wie diese 50.000 € verausgabt werden sollen. Eine Gegenposition in Form von Fördermitteln ist nicht zu finden, dabei stehen doch Fördermittel für den Breitband-Ausbau auch in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Man kann sogar nachlesen, dass diese Mittel nur zu einem geringen Teil abgerufen werden. Da muss man doch **alle Fördermöglichkeiten ausschöpfen**.

Auch an dieser Stelle möchte ich auf das von ihnen verfasste Haushaltssicherungskonzept verweisen, in dem es heißt: „*Es ist sich verstärkt darum zu bemühen, dass alle Möglichkeiten der Förderung ausgeschöpft werden.*“ Wir wären Ihnen Herr Bürgermeister sehr dankbar, wenn Sie uns zeitnah, vielleicht sogar noch heute, erklären könnten, wie der Breitband-Ausbau in Übach-Palenberg vonstattengehen soll und welche finanziellen Mittel die Stadt Übach-Palenberg nach dem Eingang von Fördermitteln wirklich in die Hand nehmen muss.

Bereits vor der Kommunalwahl hat sich ein Investor für das geplante Einkaufszentrum am Wasserturm vorgestellt. Dieses Projekt ist in der Bevölkerung nicht unumstritten. Ich habe nun die Sorge, dass der Rat bei der Entscheidung welcher Investor dort bauen wird, außen vor ist. **Ich glaube, dass es falsch war, den Rat bei der Festlegung des Ausschreibungstextes nicht zu beteiligen.** Nur über die Formulierung der Ausschreibung hätten wir nämlich Einfluss darauf nehmen können, welcher Investor, mit welchem Konzept und unter welchen Bedingungen am Wasserturm bauen wird. Ich befürchte, dass wir am 2. August nur noch ja oder nein sagen können, Auswählen werden wir wohl nicht mehr können. Ich kann nur hoffen, dass das alles gut geht und dass der richtige Investor auch das beste Angebot abgegeben hat.

Ich möchte Ihnen Herr Bürgermeister danken, dass sie meinem Vorschlag in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung, die Vergabe und die entsprechenden Sitzungen vorzuziehen, gefolgt sind.

Im Vergleich zu Geilenkirchen, die Ähnliches planen, sind wir ohnehin schon sehr spät dran. Zu diesem Thema finden wir im Haushalt eine Steigerung von Februar 2010 bis heute um 20.000 €. Dabei geht es um Ingenieurleistungen im Rahmen der Stadtplanung. Hier merken wir bereits, was uns der Wegfall des technischen Beigeordneten in der Zukunft kosten wird.

Kommen wir zu einem Punkt, der uns bereits länger beschäftigt. Da gab es auch schon eine Entscheidung des Rates zu, die mittlerweile keinen Bestand mehr hat. Der Rat hatte nämlich beschlossen, einen Weg im Abgrabungsgebiet Frelenberg nicht zu verkaufen. Dies haben wir getan, weil damit eine Abgrabung nur in ganz begrenztem Umfang hätte stattfinden können. **Dadurch wäre der Abgrabungszeitraum um viele Jahre verkürzt worden.** Dies hat die neue Mehrheit in Übach-Palenberg nun geändert. Der Weg kann abgegraben werden und die Bürgerinnen und Bürger von Frelenberg müssen es ausbaden. Als kleinen Trost finden wir im Haushalt eine Ausgabe von rund 80.000 €, die dem

Schutz der Anlieger vor der Staubentwicklung dienen soll. Wir sind froh darüber, dass zumindest dieser Schutz geschaffen werden soll. Damit die Anpflanzung auch wirklich was bewirken kann, muss sie natürlich frühzeitig durchgeführt werden.

Sehr geehrter Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

Ich komme zum Schluss. Die SPD-Fraktion wird den Haushaltsentwurf 2010 ablehnen, weil wir ein klares Konzept zur zukünftigen Gestaltung unserer Stadt vermissen. Mit dieser Ablehnung sprechen wir uns nicht gegen die Investitionen in Schulen aus, nicht gegen die Anpflanzungen im Kiesabbaugebiet Frelenberg und auch nicht gegen dringende Kanal- und Straßenerneuerungen oder Anderem.

Wir haben ja in der Vergangenheit bei einzelnen Beschlüssen auch immer deutlich gemacht, wofür wir stehen, das werden wir auch zukünftig so halten. Sehr bedauerlich ist, dass unsere Sparvorschläge vom 18. März im zweiten Haushaltsentwurf so gut wie unberücksichtigt geblieben sind. Selbst unserer Bitte auf Überprüfung der von uns genannten Position ist man nicht gefolgt, ansonsten hätten wir ja davon gehört.

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich Franz Müntefering zitiert, ich will ihn auch am Ende bemühen. Anlässlich der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD und der Diskussion über notwendige Sparmaßnahmen sagte er:

„Milch und Honig werden nicht fließen, aber gesundes Brot und ordentlicher Aufstrich werden da sein.“

Hoffen wir für unsere Stadt das Beste, Glückauf.“

Stadtverordnete **Weinhold** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen,
sehr geehrte Ratskollegen,
liebe Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren,

seit August 2009 haben uns die Wähler die Regierungsverantwortung übertragen.

Die UWG nimmt die Herausforderung an und ist sich der großen Verantwortung bewusst, die wir für Übach-Palenberg übernommen haben.

Wir stehen vor einer sehr schwierigen Aufgabe.
Erstmalig in 2010 steigt die Gesamtverschuldung unserer Stadt auf über 50 Millionen Euro.

Den Gesamterträgen von 42.753.000 Euro stehen Gesamtaufwendungen von 52.972.000 Euro gegenüber. Dies bedeutet eine Unterdeckung von 10.200.000 Euro.

Dieses riesige Defizit erfordert die Inanspruchnahme aus der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage. Des Weiteren benötigen wir einen Kassenkredit von 8 Millionen Euro zur Liquiditätssicherung.

Realistisch gesehen sind wir pleite!
Und nun?

Wo sind die Ursachen für dieses Desaster?

Die Gründe sind vielschichtig, Unsere desolante Finanzsituation ist zum einen begründet durch einen massiven Gewerbesteuerertragsrückgang im Vergleich zum Vorjahr von ca. 2,7 Mio. Euro, geringeren Zuweisungen in Höhe von 3,4 Mio. Euro, dafür aber einer steigenden Kreisumlage von 1,1 Mio. Euro. Somit 7,2 Mio. Euro weniger Ertrag als 2009.

Zum anderen haben wir Rücklagen von Investitionen und Aufwendungen „an der Backe“, die aus der Vergangenheit stammen, verursacht von Politikern, die über Jahre, bzw. Jahrzehnte das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen haben. Nach dem Politikwechsel in Übach-Palenberg bleibt uns nun vorbehalten, Schadensbegrenzung zu vollziehen. Nur durch eine rigorose Ausgabendisziplin wird unser immenser Schuldenstand reduziert werden können.

Wo liegen die Fehler in der Vergangenheit?

In der Vergangenheit wurde die UWG oft als Minderheit beschimpft oder belächelt, wenn sie vor einer schuldenträchtigen Entwicklung warnte, aber heute, klar erkennbar, recht behalten hat. Die drastische Verschärfung der Haushaltslage in Übach-Palenberg ist nicht zuletzt auch durch eine permanente Erhöhung der Schuldenlast in den Vorjahren, ohne dringende Notwendigkeit, entstanden. Unsere Haushaltssituation hat sich dadurch dramatisch zugespitzt.

Beispiele dafür sind einige teure Euregionale-Projekte, die wir uns geleistet haben.

Ein klingendes Bauwerk – statt Klangspiel – ein Trauerspiel, das unsere Stadt Übach-Palenberg (Zitat von Herrn Weißborn) weit über ihre Grenzen hinaus bekannt machen würde. Dieses Bauwerk ist neben der Kostenverursachung zu einer peinlichen, Unfall gefährdenden Baustelle mutiert. Neben den Mehrkosten, die noch nicht endgültig feststehen, hat uns die Klangbrücke einen zweifelhaften Ruhm eingetragen.

Ein weiteres Beispiel für unverantwortliche Geldausgaben ist nach Ansicht der UWG die exorbitante Freibadsanierung, die unseren Haushalt mit noch nicht absehbaren Folgekosten belasten wird. Kaum zu glauben, jetzt wird auch noch über eine kostspielige Saunasanierung nachgedacht!

Viele Jahre hindurch ist offensichtlich gegen die Intergenerationale Gerechtigkeit verstoßen worden, d. h. der Güterverbrauch fiel größer aus als die wertmäßige Güterentstehung.

In 2008 (bei 14 Millionen Gewerbesteuereinnahmen) und 2009 (bei 13 Millionen) wurde nicht ein einziger Euro zur außerplanmäßigen Schuldenreduzierung verwandt.

Eine rechtzeitige Hallen- bzw. Freibadsanierung, eine vorschriftsmäßige Instandhaltung der in die Jahre gekommenen Schulgebäude, hätte uns manche kostspielige Reparaturmaßnahme ersparen können!

Warum steht Übach-Palenberg nun in 2010 so viel schlechter da als die meisten unserer Nachbarstädte?

Ganz einfach –

Für Wählerstimmen wurden Wünsche großzügig erfüllt, ohne den Wählern klar zu machen, dass auch geförderte Objekte von uns Steuerzahlern refinanziert werden müssen.

Und nun?

Die Wahlen sind vorbei, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern von CDU und FDP müssen wir nun durch schmerzhaft Einschnitte das Blatt wenden. Unter dem Druck der finanziellen Lage unserer Stadt sind unpopuläre Entscheidungen und Maßnahmen die zwangsläufige Folge für die Zukunft. Die Realität hat uns eingeholt. Aus Fehlern in der Vergangenheit müssen wir lernen, um in der Zukunft überhaupt eine Perspektive zu haben. Das bedeutet: Alle Planungen und Ausgaben müssen auf den Prüfstand. Sparsamkeit ist eine zwingende Notwendigkeit. Alle müssen wir gemeinsam die Sparvorschläge – die Liste liegt Ihnen vor, verehrte Kollegen, umsetzen.

Fazit: Sparen, Gewerbesteuer erhöhen und Tafelsilber verkaufen.

Übach-Palenberg steht am Abgrund?

Extern verursacht durch immer höhere Pflichtaufgaben, intern verursacht durch Jahrzehnte andauernde fehlende Ausgabendisziplin.

Es wird Jahre dauern, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Um die desolante Finanzsituation in den Griff zu bekommen, schlägt die UWG folgende Prüfaufträge vor:

1. Verkauf des alten Rathauses am Marktplatz und Verkauf von Schloss Zweibrüggen.
Die in beiden Gebäuden untergebrachten Mieter sind in anderen öffentlichen Einrichtungen unterzubringen.
2. Die Gewerbesteuer um 4 Punkte auf einen Hebesatz von 403 anzuheben.
Das bedeutet eine Mehreinnahme von 100.000 €
3. Das sanierte Hallen- und Freibad zu privatisieren.
Schulschwimmen und Vereinsschwimmen muss zu moderaten Preisen möglich bleiben.
Obwohl das Hallen-Freibad für fast 7 Mio. € saniert wurde, beläuft sich das strukturelle Defizit in 2009 auf 1,2 Mio. €, somit auf 100.000 € monatlich.
4. Verschlanken des Verwaltungsapparates.

Frei werdende Stellen gegebenenfalls nicht mehr zu besetzen.

Zum Schluss möchte ich Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen bitten, unseren immensen Schuldenberg von über 50 Mio. € gemeinsam abzutragen. Das schulden wir unseren Kindern und Kindeskindern!

Unsere Koalition aus CDU, UWG und FDP hat in der ersten Runde der Haushaltsberatungen bereits hervorragende Arbeit geleistet und viele Streichpositionen erarbeitet. Diese Positionen sind in den vorliegenden Entwurf bereits weitgehend durch den Kämmerer eingearbeitet worden. Alleine dadurch ergeben sich für 2010 Minderausgaben von rund 3,7 Mio. € im Investitionsbereich.

Die UWG stimmt dem Haushaltsentwurf mit den erarbeiteten Sparvorschlägen der Koalition zu. Nur so kann für unsere Stadt Übach-Palenberg eine Zukunftsperspektive erreicht werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Rißmayer** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir diskutieren hier heute über einen „unechten“ Haushalt mit Haushaltssicherungskonzept. Unecht bedeutet, dass wir hier über etwas entscheiden, was von anderen Instanzen nicht akzeptiert wird und wir weiterhin in der vorläufigen Haushaltsführung bleiben werden.

Wenn Aufsichtsbehörden nein sagen, weil die Vorlagen nicht genehmigt werden können, dann klingt es ja wie ein Schildbürgerstreich, dass wir hier im Stadtrat ja sagen. Also müssten wir uns heute eigentlich mit erheblichen Veränderungen beschäftigen, um einen verabschiedungswürdigen Haushalt zu gestalten, bevor wir ja sagen.

Leider gibt es dazu keinen konkreten Vorschlag seitens der Verwaltung oder der Regierungsparteien und die Veränderungs- und Sparvorschläge der Oppositionsparteien sind in vielen Punkten bei der Neuauflage nicht berücksichtigt worden. Besonders merkwürdig ist, dass die Einsparvorschläge der CDU aus der Märzberatung nur zum Teil berücksichtigt und der andere Teil sogar zurückgezogen wurde und alternativ nun die Gewerbesteuer angehoben werden soll. Lediglich die Streichung des benötigten Klassenraums am Gymnasium bleibt als aktueller Sparvorschlag übrig und die Umbaumaßnahme Aachener Straße wird sogar wieder vorgezogen. Zusammengefasst: Erhebliche Einsparungen nein - Steuerbelastung hoch ja.

Es ist durchaus richtig, dass die Höhe der Gewerbesteuer besprochen und geprüft wird - aber eine Erhöhung kommt aus unserer Sicht überhaupt nur dann in Frage, wenn keine „zweifelhaften“ Projekte die Ausgabenseite deutlich belasten. Es kann und darf nicht sein, dass wir die Gewerbesteuer erhöhen

um aus unserer Sicht nicht zwingend erforderliche Projekte wie Aachener Straße und Radweg Waubacher Weg zu finanzieren. Spannend wird hier auch sein, wie die FDP eine Gewerbesteuererhöhung erklärt, die sich ja in allen Programmen für genau das Gegenteil ausspricht. Deswegen an dieser Stelle: Wir Grünen unterstützen den Vorschlag der Verwaltung und des Bürgermeisters die Steuer nicht anzuheben und die vorgeschlagenen Einsparungen aus den Märzberatungen umzusetzen.

Zurück zu der Frage „Warum reden wir hier heute über einen Haushalt, der eh nicht genehmigt werden kann?“. Wie eingangs erwähnt, wollen wir diesem Schildbürgerstreich nicht folgen und werden diesen Haushalt ablehnen. Aber nicht nur dieser formale Grund führt zu einer Ablehnung. Es lohnt sich hier noch einmal an einigen Punkten darzustellen, warum dieser Entwurf auch inhaltlich nicht unsere Zustimmung bekommen würde.

Bevor ich aber diese inhaltlichen Aspekte anspreche, erlauben sie mir einige Worte zur aktuellen Finanzsituation und auch zur Entstehung loszuwerden. Es ist verständlich, dass eine neue Regierung der Vorgängerregierung vorwirft für die Situation verantwortlich zu sein. Und in der ersten Haushaltsrede als Oppositionspolitiker muss man sicherlich auch selbstkritisch prüfen, ob man durch falsche Entscheidungen dem Wohl der Stadt geschadet und damit auch den Wähler verärgert hat.

Es lässt sich aber sehr schnell feststellen, dass die heutige Finanzsituation nur marginal mit den Entscheidungen der letzten 10 Jahre zu tun haben. Dies wird zu einem durch den Bericht des Kämmerers im HSK deutlich, in dem eine Vielzahl von Konsolidierungsmaßnahmen aufgelistet werden und zum anderem durch eine genaue Betrachtung der tatsächlichen Zahlen veranschaulicht, die uns heute vorliegen. Eine Kreisumlage, die sich in 10 Jahren fast verdoppelt, eine Schlüsselzuweisung die sich in zwei Jahren fast halbiert - nur diese zwei Zahlen bedeuten ein Defizit im Haushalt 2010 von mehreren Millionen Euro. Von 2008 bis 2010 konkret eine Verschlechterung von 6,5 Millionen Euro. Selbst wenn wir in den vergangenen Jahren die Schulen nicht saniert, das Ü-Bad geschlossen hätten und und und – hätten wir heute kaum eine andere Situation. Ein letztes Indiz dafür, dass in den letzten Jahren nicht unverantwortlich mit Geld umgegangen worden ist, ist schließlich auch das Abstimmungsverhalten der damaligen Opposition. Wenn es mit der CDU mal keine Einigung gegeben hat, dann in der Regel wegen der immer wiederkehrenden Forderung Abschreibungszinsen anders zu berechnen, was jedoch nur zu einer weiteren Verschlechterung der Einnahmeseite geführt hätte. Es ist also ziemliches „Geschwätz“ die Verantwortung bei den Grünen abzuladen. Vielmehr muss von hier und von jeder anderen Kommune ein deutliches Zeichen an die Verantwortlichen in Kreis, Land und Bund ausgehen, dass die Kommunen bankrott und nicht mehr handlungsfähig sind.

Es ist berechtigt, dass Städte- und Gemeindebund, Gewerkschaften u.a. seit langem eine Reform der Gemeindefinanzen fordern, wir sollten diese Forderungen mit Nachdruck unterstützen und uns einsetzen für:

- die Reduzierung der Konjunkturabhängigkeit der kommunale Einnahmen (zum Beispiel: Erhöhung des kommunalen Anteils an der

Umsatzsteuer)

- die Belastung von Unternehmen und Selbstständigen, die bisher nicht herangezogen werden (zum Beispiel: Ausbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer)
- die Aktualisierung der Berechnungsbasis für die Grundsteuer
- den Ausbau des kommunalen Hebesatzrechtes
- den Solidarischer Ausgleich zwischen "reichen" und "armen" Kommunen
- das strikte Einhalten des Konnexitätsprinzips - Übertragene Aufgaben (durch Bund und Land) müssen vom "Auftraggeber" auch finanziert werden

Schließlich möchte ich nun zu einzelnen inhaltlichen Aspekten Stellung beziehen, die sich allerdings neben den oben beschriebenen Zahlen, die uns Bund und Land eingebrockt haben, sehr bescheiden darstellen.

Im März haben wir bereits unsere Sparvorschläge in Höhe von 1,2 Millionen Euro bis 2013 eingebracht (noch mal der Hinweis: von der SPD 1,6 Millionen und von der Regierungskoalition sind es heute noch 60.000 Euro) und wollen hier erneut dafür werben diese auch umzusetzen. Leider sind im neuen Vorschlag nur zwei der von uns vorgeschlagenen insgesamt 13 Kürzungen umgesetzt worden.

Zu bewerten bleibt noch die Prioritäten- und Streichliste der Verwaltung. Beschreiben mag man sie mit unverantwortlich und hinterwäldlerisch. Gestrichen werden vor allem die Maßnahmen, die a) dringend erforderlich sind und sich b) mittelfristig positiv auf den Haushalt auswirken würden. Investitionen in neue Energietechniken und Isolierung aus der Prioritätenliste zu nehmen ist schlichtweg ökologisch und betriebswirtschaftlich falsch. Und es wäre sicherlich verantwortbarer mal einen Jahr keinen neuen PC für das Rathaus anzuschaffen und stattdessen schnellstmöglich die naturwissenschaftlichen Räume im Schulzentrum zu ermöglichen.

Eine besondere positive Veränderung haben wir jedoch auch hervorzuheben. Wir freuen uns sehr, dass die Verwaltung entgegen der hier im Rat geäußerten Meinung von CDU, UWG und FDP die Einnahme aus der Verpachtung des Weges in der Kiesabgrabung Marienberg als Ausgabe für zusätzliche Schutzmaßnahmen der Bürger veranschlagt. Dieser Vorschlag findet unsere vollste Unterstützung.

Liebe RatskollegInnen – wir hätten uns in diesem Jahr gewünscht, fraktionsübergreifend die Haushaltsaufstellung gemeinsam zu besprechen und eine gemeinsame Konsolidierungsstrategie abzustimmen. Wenn allerdings der Fraktionsvorsitzende der CDU hier in öffentlicher Sitzung postuliert, dass die inhaltlichen Argumente der Opposition nicht interessieren und nun beschlossen wird was die Regierungsmehrheit will, dann finde ich diesen Politikstil sehr bedauerlich.

Zusammenfassend bleibt also festzustellen, dass wir diesem Haushalt nicht zustimmen können und nur mit erheblichen Veränderungen der Prioritäten und Einsparungen ein Konsens erzielt werden könnte.

Lassen Sie mich schließen mit einer Mahnung des französischen Soziologen Pierre Bourdieu, welche leider von unseren Landes- und Bundespolitikern nicht verstanden wurde: „Der europäische Sozialstaat und die Zivilisiertheit unserer Städte sind Errungenschaften, so unwahrscheinlich und kostbar wie Kant, Beethoven, Pascal und Mozart.“

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Tuchtenhagen** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

als letzter Redner hat man den Nachteil eines bereits erschöpften Auditoriums - aber auch den Vorteil, dass das letztgesagte in den Köpfen präsenter bleibt. Ich will mich heute kurz fassen und Sie möglichst mit Zahlen verschonen und stattdessen Grundsätzliches ansprechen:

Im Februar stellten wir fest, dass unsere Haushaltsentwicklung auf ein sog. HSK, (Haushaltssicherungskonzept) hinausläuft, da wir bis 2014 die Kriterien für den Anteil der Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage nicht einzuhalten vermögen würden.

Daraufhin legten beide Koalitionen nach, ich kann das aus Sicht der Koalition von CDU, UWG und FDP zumindest so sagen, langen nervenaufreibenden Diskussionen in der Fraktion erhebliche Sparvorschläge vor.

Unsere Vorschläge umfassten fast 2,6 Mio. €, die der SPD und der Grünen immerhin auch ca. 1,5 Mio. €.

An die andere Möglichkeit einer Konsolidierungsmaßnahme, nämlich eine Erhöhung der städtischen Einnahmen, wagte sich kaum jemand ernsthaft heran, vermutlich, weil das Erhöhen von Gebühren und Steuern uns Parteien noch ungeliebter beim Wähler macht als das z.T. auch schon erheblich einschneidende Sparen an investiven Maßnahmen.

Klar, in ohnehin schon leere Taschen unserer Einwohner will man nicht greifen (ca. 2000,-€ kommunale Schulden lasten auf jedem Einwohner).

Auch an das erst kurz zuvor beschlossene 1,2 Mio. Projekt des Neubaus Sportplatz Am Bucksberg wagte sich niemand heran.

So lässt sich für unsere Stadt kein Haushaltsicherungskonzept abwenden.

Im Gegenteil, inzwischen steht mit hoher Wahrscheinlichkeit fest, dass wir in den sog. Nothaushalt kommen, also noch eine Stufe näher am Abgrund.

Wir verabschieden heute wahrscheinlich mehrheitlich einen Haushalt, der nicht genehmigungsfähig im Rahmen des HSK ist!

So ist es auch vielleicht unumgänglich das wir versuchen durch Erhöhung unseres Kassenkreditrahmens letztendlich die Schulden zu machen, die man uns im Nothaushalt wahrscheinlich nicht einmal mehr als Investitionskredit genehmigen würde.

Meine Damen und Herren, so wird es dazu kommen, dass andere über unser Sparen entscheiden werden und für uns die unangenehme Aufgabe übernehmen, Einschnitte umzusetzen, allerdings, wie ich meine, für einen viel zu hohen Preis des Verlustes an selbstbestimmten Handlungsspielräumen für den von allen Einwohnern gewählten Stadtrat und somit der vom Bürger gewollten Entscheidungsmöglichkeit.

Ich meine, wir können jetzt dieses Jahr wohl nicht mehr anders handeln, deshalb werde ich für die FDP dem Haushaltsentwurf mit den von Herrn Gudduschat schon geforderten Änderungen, wenn auch mit großen Bedenken, heute zustimmen.

Aber unsere Aufgabe muss es nun sein, das wir alle damit beginnen, den Wähler auch bei scheinbar unpopulären Entscheidungen mitzunehmen, das heißt, auch Unpopuläres für unsere Bürger so transparent und verständlich zu machen, dass auch dort die Einsicht reifen kann, ja, sparen bedeutet erst mal vielleicht sogar schmerzlichen Verzicht, aber letztendlich einen Gewinn an Freiheit für jeden, unsere Stadt künftig wieder selber zu gestalten anstelle das den Aufsichtsorganen im Rahmen von Nothaushaltsführung zu überlassen. Erdrückende Schuldenlast macht uns alle politisch unfrei und führt zu weitaus Schlimmerem als Sparmaßnahmen.

Es hat auch wenig Sinn heute darum zu streiten, welche Partei uns denn in der Vergangenheit in die Schuldenfalle hat laufen lassen, wir wissen alle: Wir hatten einen rot-grün dominierten Stadtrat, aber wir wissen auch, die meisten Entscheidungen wurden auch mit den Stimmen der anderen Parteien getroffen, oft sogar einstimmig.

Lassen Sie uns ab heute gemeinsam nach vorne schauen und nicht den Kopf in den Sand stecken mit Argumenten wie:

„Wir können den Haushalt ohnehin nicht mehr sanieren, weil wir nur ca. 3% des Gesamtvolumens variabel gestalten können, der Rest sind für uns unbeeinflussbare Umlagen, Abgaben und Gehälter.“

Oder:

„Wird nächstes Jahr schon besser werden, weil Bemessung von Schlüsselzuweisungen und Entwicklung der Gewerbesteuer günstig verlaufen.“

Nein! - Wir müssen jetzt mittelfristig konsequent auch zu unbeliebten Konsolidierungsmaßnahmen kommen und zwar mit der Einsicht unserer Bürger der Stadt Übach- Palenberg.

Hierfür zu werben mit Offenheit und Ehrlichkeit, parteiübergreifend und nicht in Wahlkampfstimmung, das ist eine unserer vordringlichen Aufgaben für eine bessere Zukunft unserer Stadt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Bürgermeister Jungnitsch setzte eine Pause von 10 Minuten an.

Im Anschluss erklärte Stadtverordneter **Gudduschat**, dass er die Äußerung der

SPD unverschämt finde, die CDU sei nicht auf sie zugekommen. Die SPD hätte ebenso auf die CDU zukommen können. Außerdem habe die SPD noch nicht einmal den Bürgermeister zu den Haushaltberatungen innerhalb der Fraktion eingeladen. Die CDU habe dies als Oppositionspartei in der Vergangenheit immer getan.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die Vorschläge von CDU und UWG seien keine Sparvorschläge. Als die Vorschläge damals zusammengestellt worden seien, habe man von der tatsächlichen finanziellen Situation, sprich HSK, noch nichts gewusst, dies müsse er den Parteien zugutehalten. Heute aber immer noch an diesen Vorschlägen festzuhalten, sei nicht richtig. Stadtverordneter Gudduschat habe zumindest keine Vorwürfe an die „alte“ Politik gerichtet; dies sei fair. Im Gegensatz zur Stadtverordneten Weinhold. Er würde gerne wissen, ob die Vorschläge der UWG Verkauf des alten Rathauses und des Schlosses Zweibrüggen mit der CDU im Rahmen der bestehenden Koalition abgestimmt worden sei. Die Privatisierung des Hallenbades sei bereits in der Vergangenheit rauf und runter diskutiert worden.

Die zahlenmäßige Verbesserung des 2. Haushaltsentwurfes im Vergleich zum 1. Entwurf sei lediglich durch die Gewerbesteuererhöhung entstanden; hier könne man also nicht von Einsparungen sprechen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, hätte die SPD in der Vergangenheit anders gehaushaltet, hätten Rücklagen gebildet werden können.

Stadtverordneter **Junker** fragte, wie weit die Erstellung der Bilanz des Vorjahres vorangeschritten sei.

Kämmerer **Schmitz** erklärte, die Erstellung der Eröffnungsbilanz sei derzeit die Hauptaufgabe des Kollegen Beeck und bat ihn deshalb, den aktuellen Stand mitzuteilen.

Stadtamtmann **Beeck** erklärte, die Bilanz sei bereits an die Wirtschaftsprüfer gegeben worden. Dort gehe man derzeit alle einzelnen Bilanzpositionen durch und bisher seien alle bestätigt worden. Derzeit sei man in der Verwaltung mit den Abschreibungsläufen beschäftigt. Diese seien sehr zeitintensiv. Voraussichtlich liege jedoch in der zweiten Augustwoche eine vollständig geprüfte Eröffnungsbilanz für 2009 vor.

Stadtverordneter **Junker** erklärte, man entscheide heute über das Jahr 2010 obwohl 2009 noch nicht abgeschlossen sei und fragte, ob man denn davon ausgehen könne, dass es keine Abweichungen in Bezug auf die für 2010 eingeflossenen Planwerte geben werde.

Stadtamtmann **Beeck** verneinte dies. Die angesetzten Werte werden sich verändern, er hoffe nur, zu Gunsten der Stadt.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, Stadtverordnete Weinhold habe den Vorwurf gemacht, die „alte“ Politik habe Geld zum Fenster rausgeworfen. Tatsächlich habe sie in diesem Zusammenhang aber nur die Klangbrücke und das Schwimmbad genannt.

Bei der Klangbrücke gebe er ihr Recht; so habe sich das keiner vorgestellt. Das

Geld in Höhe des Eigenanteils von 200.000 Euro sei tatsächlich rausgeworfen. Er erinnere sich jedoch daran, dass die UWG damals das Schwimmbad nicht streichen, sondern nur kleiner haben wollte. Die Sanierung sei gemeinschaftlich beschlossen worden, nur dass die UWG ein kleineres Becken wollte. Er hätte im Rahmen des o. g. Vorwurfs gerne andere Beispiele gehört. Stadtverordneter **Rißmayer** fragte, ob die in der Haushaltsrede der Stadtverordneten **Weinhold** genannten Positionen als Anträge zu verstehen seien.

Stadtverordnete **Weinhold** antwortete, diese seien als konkrete Prüfaufträge zu verstehen.

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte nach, wie in diesem Falle das Verfahren aussehe; ob über die Prüfaufträge einzeln abgestimmt werde.

Bürgermeister Jungnitsch bejahte dies.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, wie genau die Prüfaufträge zu verstehen seien, wie dies zum Beispiel beim Schloss Zweibrücken genau aussehen solle. Wie hoch der Aufwand eines solchen Prüfauftrages sei. Dies müsse vor der Abstimmung geklärt werden.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, die Prüfaufträge seien sehr ernst gemeint. Man müsse, genau wie in der freien Wirtschaft, die Immobilie bewerten.

Stadtverordneter **Dieckmann** ergänzte, dies sei gerade in Zeiten von NKF kein allzu großer Aufwand.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, den Prüfauftrag für das Schloss könne er ja noch verstehen, aber den Verkauf des Schwimmbades habe man doch zu genüge diskutiert.

Stadtverordneter **Meertens** entgegnete, dass Schwimmbad sei jetzt fertig saniert; in dieser neuen Situation könne sich nun vielleicht ein geeigneter Investor finden.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er habe Bauchschmerzen, wenn er höre, dass das Schloss Zweibrücken, etwas, das wirklich ans Herz gewachsen sei, jetzt auf den freien Markt geworfen werden soll. Er werde dem Prüfauftrag zwar zustimmen, wohl sei ihm hierbei jedoch nicht.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, man habe erst in der letzten Sitzung ganz bewusst eine neue Eintrittskarte für das Schwimmbad beschlossen; ein privater Betreiber sei jedoch gewinnorientiert. Die Konsequenz könne sein, dass sich die Kinder in Übach-Palenberg den Eintritt ins Schwimmbad in Zukunft nicht mehr leisten könnten.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass bei der Prüfung berücksichtigt werden müsste, dass die Eintrittspreise und das Schulschwimmen erhalten blieben sollen.

Bürgermeister Jungnitsch ließ zunächst über die einzelnen Anträge zum

Haushalt abstimmen.

I. Begleitbeschlüsse zum Haushalt:

1.) Antrag der CDU-Fraktion

Für die Verkehrsführung Alte Aachener Str. werden für 2010 5.000 Euro, für 2011 145.000 Euro und für 2012 150.000 Euro in Ansatz gebracht.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

2.) Antrag der CDU-Fraktion

Der Ansatz in Höhe von 60.000 Euro für den Umbau des Kellerraumes im Gymnasium wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen

3.) Antrag der CDU-Fraktion

Der Gewerbesteuersatz wird von 399 v. H. auf 403 v. H. erhöht.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen

II. Prüfaufträge an die Verwaltung

1.) Prüfauftrag der UWG-Fraktion

Verkauf des alten Rathauses am Marktplatz

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2.) Prüfauftrag der UWG-Fraktion

Verkauf von Schloss Zweibrüggen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3.) Prüfauftrag der UWG-Fraktion

Privatisierung des sanierten Hallen- und Freibades

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen

13 Nein-Stimmen

III. Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2010

Unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen und weiteren Maßnahmen fasst der Rat folgenden

Beschluss:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

- im Ergebnisplan
 - der Gesamtbetrag der Erträge auf 42.743.605,00 €
(Pos. 10+19+23 des Gesamtergebnisplanes)
 - der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 52.979.310,00 €
(Pos. 17+20+24 des Gesamtergebnisplanes)
- im Finanzplan
 - der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 38.528.988,00 €
(Pos. 9 des Gesamtfinanzplanes)
 - der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 44.340.897,00 €
(Pos. 16 des Gesamtfinanzplanes)
 - der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit auf 6.902.230,00 €
(Pos. 23+33 des Gesamtfinanzplanes)
 - der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit auf 8.534.380,00 €
(Pos. 30+34 des Gesamtfinanzplanes)

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2010 für Investitionen erforderlich ist, wird auf

1.628.500,00 €

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

1.176.000,00 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 6.293.753 € und die Verringerung der allgemeine Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 3.941.952 € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

8.000.000,00 €

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf 240 v. H.
 - 1.2. für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf 379 v. H.
2. Gewerbesteuer auf 403 v. H.

§ 7

Ein Haushaltssicherungskonzept ist aufgestellt. Die im Haushaltssicherungs-

1. Bildung von Budgets

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung bilden die jeweiligen Produkte das Budget. Die Budgetverantwortung obliegt der jeweiligen produktverantwortlichen Amtsleitung.

Innerhalb der Budgets werden Erträge und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie die Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit der Produkte zusammengefasst.

In den Budgets ist jeweils die Gesamtsumme der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsausführung verbindlich. Das Gleiche gilt für die Einzahlungen und Auszahlungen.

Es wird darüber hinaus bestimmt, dass bei einer vorliegenden Zweckbindung Mehrerträge/-einzahlungen die Ermächtigungen für die entsprechenden Aufwendungen/Auszahlungen erhöhen.

Bei Mindererträgen/-einzahlungen vermindern sich die entsprechenden Ermächtigungen für Aufwendungen/Auszahlungen. Gleichfalls dürfen zweckgebundene Mehreinzahlungen bei investiven Maßnahmen für Mehrauszahlungen verwendet werden.

2. Zentrale Bewirtschaftung

Ausgenommen von der Haushaltsbewirtschaftung im jeweiligen Budget werden Personalaufwendungen (hierfür wird produktübergreifend ein Deckungsring bis zur Höhe der im Haushaltsplan veranschlagten Personalaufwendungen gebildet), interne Leistungsverrechnungen (diese werden zentral in der Kämmerei veranschlagt und bewirtschaftet *sofern ausgewiesen*) und die Verfügungsmittel des Bürgermeisters (gemäß § 15 GemHVO NRW ist eine Überschreitung des Ansatzes oder die Verbindung mit anderen Budgetmitteln nicht zulässig).

3. Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gelten als unerheblich, wenn sie im Einzelfall den jeweiligen Ansatz (incl. Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren gem. § 22 GemHVO und Mehraufwendungen/-auszahlungen aus Mehrerträgen/-einzahlungen) um weniger als 10 v.H. jedoch maximal weniger als 20.000 € übersteigen. Gleiches gilt für außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen.

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Stadtrates; unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters oder Kämmers. Nicht erheb-

liche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen ab einem Betrag von 5 v.H. jedoch maximal 5.000 € sind dem Rat zur Kenntnis zu bringen.

Notwendige Einrichtungen neuer Produktsachkonten im Ergebnis- und Finanzbudget sind während des laufenden Haushaltsjahres grundsätzlich zulässig.

Mehraufwendungen und -auszahlungen, die den Haushalt nicht belasten (Verwehr- und Vorschussgelder) sowie Jahresabschlussbuchungen (insb. Abschreibungen und Aufwandsrückstellungen) gelten als unerheblich.

4. Sperrvermerk bei Zweckbindung

Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen, für die Zuweisungen des Bundes, des Landes oder des Kreises zur Finanzierung haushaltsrechtlich vorgesehen sind, dürfen erst nach Vorliegen der jeweiligen Bewilligungsbescheide in Anspruch genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen

13 Nein-Stimmen

7. **Festlegung der dringlichen investiven Maßnahmen 2010 (Dringlichkeitsliste)**

Stadtverordneter **Gudduschat** bat, die vorgelegte Investitionsliste entsprechend der unter TOP 5 gefassten Beschlüsse zu ändern, also die Investitionsmaßnahme „Umbau Kellerraum im Gymnasium zum Klassenarbeitsraum“ zu streichen und die Investitionsmaßnahme „Verkehrsführung Alte Aachener Straße“ aufzunehmen.

Beschluss:

Der vorgelegten Investitionsliste wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

- 1. Streichung der Investitionsmaßnahme „Umbau Kellerraum im Gymnasium zum Klassenarbeitsraum“ (01050101 03220000 6083)**
- 2. Aufnahme der Investitionsmaßnahme „Verkehrsführung Alte Aachener Straße“ (Auszahlungsanteil 2010: 5.000 Euro; 2011: 145.000 Euro; 2012: 150.000 Euro)**

(Die Investitionsliste ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten)

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

8. **Antrag des VfR Übach-Palenberg - Schwimmabteilung - auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses zur 25. Begegnungsfahrt nach Midlothian/Schottland vom 09. bis 17.10.2010**
-

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er wolle Stadtverordneten Weißborn Antwort auf die in seiner Haushaltsrede gestellten Frage geben: Ja, er sei jahrelang Mitglied der Schwimmabteilung gewesen und er fühle sich mit dem Verein sehr verbunden. Deshalb habe er sich in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung der Stimme enthalten.

Beschluss:

Dem VfR Übach-Palenberg - Schwimmabteilung - wird ein einmaliger Zuschusses zur 25. Begegnungsfahrt nach Midlothian/ Schottland vom 09. bis 17.10.2010 gewährt.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

9. **Optimierung der städtischen Infrastrukturen für Wohnungsnotfälle hier: Umsetzung der Grundsatzentscheidung des Rates vom 30.08.2005**
-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundlagen für die Umsetzung des vorgestellten Versorgungskonzeptes für Obdachlose, ausländische Flüchtlinge und Duldungsinhaber zu schaffen.

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat werden gebeten, die erforderlichen Haushaltsmittel für die Sanierung des im städtischen Eigentum stehenden Gebäudes Auf der Houff 17b bereit zu stellen, so dass in diesem Gebäude wohnungslose Personen mit Wohnraum versorgt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

10. **1. Änderung des Landesentwicklungsplanes NRW -Energieversorgung-, hier: Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg**
-

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung angekündigte Stellungnahme etwas umfangreicher ausgefal-

len sei. Er schlage daher vor, diesen Tagesordnungspunkt in Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden zur Beratung und abschließenden Entscheidung an den Bau- und Umweltausschuss zu verweisen. Insoweit müsse dem Bau- und Umweltausschuss die Entscheidungskompetenz für diese Angelegenheit vom Rat übertragen werden.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Beratung und abschließenden Entscheidung an den Bau- und Umweltausschuss verwiesen. Dem Bau- und Umweltausschuss wird für diese Angelegenheit die Entscheidungskompetenz übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**11. 40. Änderung des Flächennutzungsplanes - Waubacher Weg -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**

Stadtverordneter **Weißborn** verließ vor Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt den Raum.

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 vorgebracht wurden.

2. Die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Waubacher Weg" wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**12. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**13. Bebauungsplan Nr. 109 - Waubacher Weg -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der Anlagen 1.1 und 1.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB bzw. § 4 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der Anlage 2.1 bis 2.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Bebauungsplan Nr. 109 – Waubacher Weg – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** kehrte nach der Abstimmung zu Nummer 1 zurück und nahm dementsprechend wieder ab Nummer 2 an der Abstimmung teil.

14. Neuwahl eines Schiedsmannes

Beschluss:

Für den Schiedsamsbezirk I wird Herr Martin Schwerz zum Schiedsmann gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. Einführung der Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen in Übach-Palenberg

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass in der Haupt- und Finanzausschusssitzung eine Ergänzung zu Nummer 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung beschlossen wurde, nämlich dass die Formulierung unter 4.3 lauten solle: "Die Erstaussgabe der Ehrenamtskarte wird in einer Sammelaktion am Internationalen Tag des Ehrenamtes am 05.12.2010 durchgeführt."

Bürgermeister Jungnitsch stellte die Beschlussempfehlung mit dieser Ergänzung zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des vorgelegten Ent-

wurfes, eine Vereinbarung zur Einführung der Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen zwischen der Stadt Übach-Palenberg und dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf zu treffen.

2. Dem vorgelegten Einführungskonzept wird inhaltlich zugestimmt. Allerdings solle die Formulierung unter 4.3 lauten: "Die Erstausgabe der Ehrenamtskarte wird in einer Sammelaktion am Internationalen Tag des Ehrenamtes am 05.12.2010 durchgeführt." Die Verwaltung wird beauftragt, dieses entsprechend umzusetzen (Das Einführungskonzept ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung betreffend Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**
-

Beschluss:

Folgende Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NW wird genehmigt:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen (Die Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung betreffend des freien Eintritts von Kindern und Jugendlichen ins Ü-Bad anl. des 75-jährigen Bestehens von Übach-Palenberg**
-

Stadtverordneter **Malaker** erklärte, seiner Meinung nach könne man den Zusatz "welche in Übach-Palenberg wohnhaft sind" weglassen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, die Flyer, auf denen die Ankündigung vermerkt sei, seien bereits gedruckt. Man sei sich aber einig, dass diese Regelung sehr großzügig gehandhabt werde.

Beschluss:

Folgende Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NW wird genehmigt:

Anlässlich des 75jährigen Bestehens von Übach-Palenberg wird den Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren, welche in Übach-Palenberg wohnhaft sind, am Sonntag, dem 04. Juli 2010, freier Eintritt ins Ü-Bad gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18. Erweiterungen zur Tagesordnung

**18.1 Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung**

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er habe zum Beschluss in der Haupt- und Finanzausschusssitzung einen Änderungsvorschlag. Anstelle seiner eigenen Person solle Stadtverordneter **Wynands** für die CDU-Fraktion an der Einwohnerversammlung teilnehmen.

Beschluss:

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 106 – St. Rochus – soll eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	Stadtverordnete Kuhlmeier und Stadtverordneter Weißborn
Für die Fraktion der CDU:	Stadtverordnete Gillen und Stadtverordneter Wynands
Für die Fraktion der UWG:	Stadtverordneter Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: und weitere Stadtverordnete:	Stadtverordnete Appelrath Stadtverordneter Dr. Tuchtenhagen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

20. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

Anfragen

Anfrage der UWG-Fraktion:

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, Anfang des Jahres habe die UWG-Fraktion die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob es interessierte Sponsoren für die städtischen Kreisverkehre gebe. Sie würde gerne wissen, in wie weit die Verwaltung hier zwischenzeitlich aktiv geworden sei.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, die Antwort hierzu werde nachgereicht.

Anfrage 2 der UWG-Fraktion:

Stadtverordneter **Meertens** fragte, in wie weit die Spende des Lions-Club Übach-Palenberg und der Kreissparkasse Heinsberg für die Anschaffung von Bänken im Stadtgebiet bereits verwendet worden sei.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass bereits Bänke aufgestellt worden seien. Eine genaue Auflistung werde noch nachgereicht.

Bürgermeister Jungnitsch wies abschließend noch auf die bevorstehenden Feierlichkeiten 80 Jahre Hauptschule und 75 Jahre Übach-Palenberg hin. Er hoffe, dass man sich dort wiedersehe.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 19.44 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20:10 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin